

NACHRICHTENINFO



Geleitwort	02
Erfolgsmeldung . Impressum	03
Ortstermin in Sachsen	04
Thüringen würdigt die Gedenkstätte	05
Linkspartei und Stasiverbände	06 . 07
Walter-Linse-Preis	08
“Akte R”	09
NPD “entdeckt” SED-Opfer	10
Adolf-Henning Frucht . Ein Wissenschaftler zwischen den Fronten	11
Meldungen aus der Gedenkstätte und dem Bundestag	12 . 13 . 14
Polizeimajor Karl Heinrich . NS-Gegner und Antikommunist	15
Buchtipp	16



Geleitwort

Liebe Mitglieder und Freunde des Fördervereins,

vor Ihnen liegen die neueste Ausgabe des

„Nachrichteninfo“ und zugleich das Faltblatt, das für den „Walter-Linse-Preis“ wirbt. Die Redaktion ist ganz schön ins Schwitzen gekommen, hofft auf Ihre Anregungen und freut sich über Resonanz.

Jüngst ist auf dem Vereinigungsparteitag der Partei „Die Linke“ ausdrücklich die „Systemfrage“ gestellt worden. Mit dem „Walter-Linse-Preis“ bezieht der Förderverein Stellung und setzt ein Zeichen. Erstmals trägt in Deutschland ein Preis den Namen einer Persönlichkeit, die antikommunistischen Widerstand geleistet hat und dafür mit seinem Leben bezahlen musste. Der Preis ist langfristig konzipiert, passt aber zugleich in die aktuelle Diskussion. Bewerbungsschluss ist der 15. September (s. Seite 08).

Auch im zurückliegenden Quartal war der Förderverein Ansprechpartner der Politik. So bat die FDP-Bundestagsfraktion den Vorsitzenden zu einem Meinungsaustausch über die von der Koalition geplante SED-Opferrente. In diesem Zusammenhang sei unserem Gründungsmitglied, Vizepräsident des Bundestages Dr. Hermann Otto Solms, für dessen Unterstützung sehr herzlich gedankt. Gute Ratgeber waren uns auch die Abgeordneten Wolfgang Wieland, Dr. Volker Wissing und

Veronika Bellmann. Letztere lud zwei Vorstandsmitglieder in ihren sächsischen Wahlkreis ein, die als Zeitzeugen mit Schülern über die SED-Diktatur diskutiert haben.

Der Förderverein ist erneut gewachsen. Derzeit gehören ihm 52 Mitglieder an, weitere Aufnahmeanträge liegen vor. Dazu sei angemerkt, dass jeder Aufnahme ein Gesprächskontakt vorausgeht. Auf der Vorstandssitzung am 30. Mai konnten wir fünf neue Mitglieder in unseren Reihen begrüßen: Veronika Bellmann, MdB (Freiberg), Henry Bren d'Amour (Berlin), Dr. Michael Knoche (Levesen), Dr. Hanspeter Moser (Isernhagen) und Jürgen Schäfer (München). Der herzliche Willkommensgruß verbindet sich mit der keinesfalls floskelhaften Anmerkung, dass sich der Vorstand über eine Mitarbeit oder Hinweise sehr freuen würde. Die erfreuliche Resonanz, auf die unser informelles Treffen Ende Mai gestoßen ist, hat uns in unserem Engagement bestärkt. Eine Wiederholung ist geplant (s. Seite 14).

Im Namen des Vorstand grüße ich Sie herzlich und wünsche Ihnen eine anregende Lektüre!

Ihr Jörg Kürschner



Verleumdung - Ex-Stasi-Offizier unterliegt Hubertus Knabe vor Gericht

von Jörg Kürschner

Hubertus Knabe hat einen beachtenswerten juristischen und moralischen Sieg errungen. Das Amtsgericht Tiergarten hat am 26. Juni erstmals einen früheren Stasi-Offizier wegen verbaler Ausfälle gegen die Stasiopfer-Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen verurteilt. Das Berliner Gericht sah es als erwiesen an, dass der Sprecher des so genannten MfS-Insiderkomitees Wolfgang Schmidt den Tatbestand der Verleumdung erfüllt habe. In einem offenen Brief an Mitglieder des Berliner Abgeordnetenhauses hatte er im März 2006 behauptet, dass man den Gedenkstättenleiter "öffentlich und ungestraft als Volksverhetzer bezeichnen darf". Dagegen hatte u. a. die Vereinigung der Opfer des Stalinismus (VOS) Strafanzeige erstattet. Schmidt wurde zu 70 Tagessätzen à 30 Euro und zur Übernahme der Verfahrenskosten verurteilt.

In ihrer Urteilsbegründung sagte die Vorsitzende Richterin, dass der von der Staatsanwaltschaft erhobene Vorwurf unbestritten und auch durch den An-

geklagten eingeräumt worden sei. Anders als von diesem behauptet, handele es sich dabei nicht um eine grundgesetzlich geschützte Meinungsäußerung, sondern um eine falsche Tatsachenbehauptung. Trotzdem habe der Angeklagte kein Unrechtsbewusstsein gezeigt und sein Fehlverhalten auch während der Hauptverhandlung nicht eingeräumt. Im Gegenteil: "Er hat weiterhin auf seiner Meinung beharrt", so die Richterin. Die verhängte Geldstrafe sei deshalb erforderlich, um auf den Angeklagten einzuwirken.

Knabe begrüßte das Urteil: "Zum ersten Mal hat ein Berliner Gericht dem Treiben früherer Stasi-Offiziere und ihrer Vereine einen Riegel vorgeschoben. Ich hoffe, dass das Urteil dazu beiträgt, dass die Stasi-Opfer und ihre Gedenkstätte in Zukunft nicht mehr so leicht durch den Dreck gezogen werden können".

Spendenkonto des Fördervereins

Commerzbank Berlin . Kontonummer 622 622 900 . Bankleitzahl 120 400 00

Impressum

Herausgeber	Förderverein Gedenkstätte Hohenschönhausen Nibelungenstraße 36 A . 13465 Berlin Telefon/Fax + 49 . 30 . 22 48 99 20 www.foerderverein-hsh.de . info@foerderverein-hsh.de
Text/Redaktion	Dr. Jörg Kürschner, Barbara Hennecke, André Gaedecke
Layout	Barbara Hennecke

Ortstermin in Sachsen

von Jörg Kürschner

Veronika Bellmann gehörte 1989 zu jenen mutigen DDR-Deutschen, die in einer neu gegründeten Bürgerinitiative gegen die SED-Diktatur aufbegehrt haben. Ein Jahr später fand die in Karl-Marx-Stadt (heute wieder Chemnitz) geborene Verwaltungsbetriebswirtin zur CDU. Ob im Kreistag von Flöha, im sächsischen Landtag und seit 2002 im Bundestag – die couragierte Parlamentarierin hat sich stets gegen Tendenzen gewandt, die DDR zu verklären. So war es nur folgerichtig, dass die 46jährige zusammen mit dem Kreisschülerrat und der Jungen Union Freiberg eine Diskussion unter dem Motto „Gegen das Vergessen – Das Leben der Anderen“ organisierte. Etwa 300 Schüler fanden sich Anfang April im Schulzentrum „Julius Weisbach“ ein, um den mit einem Oskar ausgezeichneten Film „Das Leben der Anderen“ anzusehen.

Der Filmvorführung schloss sich eine Diskussion mit zwei Zeitzeugen an. Vera Lengsfeld und Jörg Kürschner, die beide im Stasi-Untersuchungsgefängnis Berlin-Hohenschönhausen inhaftiert waren und heute dem Vorstand des Fördervereins angehören, stellten sich den Fragen der Schüler. Möglicherweise hatte der beeindruckende, etwa zweistündige Film das Interesse der Schüler an einem nachfolgenden Gespräch mit den Zeitzeugen begrenzt. Auch den zahlreich anwesenden Lehrern schien es die Sprache verschlagen zu haben, so dass die Diskussion ein wenig schleppend in Gang kam. Veronika Bellmann jedenfalls bezog Stellung zu Diktatur und Unterdrückung. Im Freiburger Schulzentrum und wenig später durch ihren Beitritt zum Förderverein.



Diskussion mit Schülern: Vera Lengsfeld (2.v.l.), Jörg Kürschner (2.v.r.), daneben MdB Veronika Bellmann.

Thüringen würdigt die Gedenkstätte

von Jörg Kürschner

Anfang Juni konnte Gedenkstätten-
direktor Hubertus Knabe hohen politi-
schen Besuch aus Thüringen begrüßen.
Landtagspräsidentin Dagmar Schipanski
ließ sich von zwei ehemaligen Thüringer
Häftlingen die Haftbedingungen im ehe-
maligen Stasi-Gefängnis erklären und
zeigte sich erschüttert über die brutalen
Verhörmethoden des DDR-Staatssicher-
heitsdienstes. „Die Diktatur der SED
verblasst von Jahr zu Jahr mehr. Es ist
Aufgabe aller verantwortlichen Politiker,
die Erinnerung an das Unrecht wachzu-
halten, insbesondere die junge Genera-
tion muss besser informiert werden“,
betonte die Parlamentspräsidentin.

Begleitet wurde sie von CDU-Fraktions-
chefin Christine Lieberknecht und der
Erfurter Beauftragten für die Stasi-
Unterlagen, Hildigund Neubert.

Die beiden Politikerinnen legten einen
Kranz im ehemaligen Gefängnishof nie-
der und sicherten Knabe Unterstützung
bei dessen Arbeit zu. Er warb dafür, die
derzeit leer stehende Stasi-Unter-
suchungshaftanstalt in Erfurt zu einer
Gedenkstätte zu machen. Organisiert
worden war der Besuch von Gedenk-
stätten-Referent Siegfried Reiprich, der
in den siebziger Jahren zu der Dis-
sidentenszene in Jena gehörte.



Dagmar Schipanski, MdL, zusammen mit Dr. Hubertus Knabe während der Führung.

Linkspartei und Stasiverbände

von Hubertus Fedke

Die stellvertretende Vorsitzende der Bundestagsfraktion Die Linke, Gesine Löttsch, hat eine Skulptur „gesichert“, die vordem auf dem Gelände des Schulungszentrums der Stasi-Hauptverwaltung Aufklärung in Gosen (Landkreis Oder-Spree) stand. Diese Skulptur thematisiert die Rote Kapelle, allerdings nicht als Erinnerung an die NS-Widerstandsgruppe. Der Bildhauer greift die geschichtsfälschende Behauptung von einer angeblichen nachrichtendienstlichen Traditionslinie zwischen Roter Kapelle und Stasi auf.

Diese Stasi-Skulptur hatte die Bundestagsabgeordnete nach Berlin-Lichtenberg transportieren lassen, um sie dort als Denkmal aufzustellen. Ausgerechnet in jenem Bezirk Berlins, in dem die Stasizentrale Normannenstraße und die Gedenkstätte Hohen-schönhausen liegen und in dem es kürzlich Streit mit alten Stasi-Kadern über die Hinweistafeln auf den Sperrbezirk des ehemaligen Stasi-Untersuchungsgefängnisses gab, sollte ein Werk der Stasi-Geschichtsfälschung seinen Platz finden. Offenbar schien aber selbst der amtierenden Bezirksbürgermeisterin der Partei Die Linke die Aufstellung dieser „kontaminierten“ Skulptur als zu gewagt. Allerdings waren in das Bezirksamt zu „einem ersten Fachgespräch“ keine Opfer des Spitzel- und Unterdrückungsstaates eingeladen worden. So blieb zunächst noch offen, ob dieses Machwerk überhaupt in Lichtenberg ein festes Zuhause finden wird.

Erneut konnte somit ein Zusammenspiel von Der Linken und Stasi aufge-



FV-Mitglied Hubertus Fedke

deckt werden. Nomenklaturkader des Un-rechtregimes in der DDR gehen Hand in Hand mit prominenten Funktionären Der Linken, wenn es darum geht, die verbrecherische Diktaturgeschichte der DDR in eine humane Menschenrechtspolitik umzudeuten.

Das Linkspartei-Mitglied Gesine Löttsch hatte nachgewiesenermaßen 2005 an einer ISOR-Vertreterversammlung teilgenommen, der „Initiativgemeinschaft zum Schutz der sozialen Rechte ehemaliger Angehöriger bewaffneter Organe und der Zollverwaltung der DDR“, einer Hilfsorganisation alter Stasi-Obrieten. Bereits im letzten Wahlkampf empfing Löttsch Zuspruch von den Stasi-Altkadern, die sie ausdrücklich als „mutige Frau“ bezeichneten, weil sie sich aktiv für die Anhebung der Renten der ehemaligen Stasi-Kader eingesetzt hatte.

Dass die Stasi-Skulptur aus Gosen überhaupt entdeckt worden war, verdankt Löttsch „Leuten“. „Sie sei von Leuten

angesprochen worden, die wussten, dass das mehrteilige Werk in einem Schuppen eingelagert worden sei“; sagte Löttsch dem Reporter des Tagesspiegels.

Man braucht nicht lange zu vermuten, wer über das ehemalige Schulungszentrum der Stasi Ortskenntnisse hatte. Welche Sorte von „Leuten“ Löttsch auf die Skulptur angesprochen hatten, liegt wohl auf der Hand. Das Verhalten der stellvertretenden Linken- Fraktionsvorsitzenden Löttsch erscheint so gesehen taktisch zielgerichtet als erneuter Versuch einer mit tschekistischen Mitteln angelegten Geschichtsrevision. Die Aufstellung einer Stasi-Skulptur in Lichtenberg reiht sich insoweit ein in die Reihe neuerdings immer dreister werdender Versuche, die erfolgreiche Arbeit der Gedenkstätte Berlin Hohenschönhausen zu diskreditieren.

In diesem Zusammenhang ist auch Elaborat über den Krawall-Besuch in der Gedenkstätte zu betrachten, den die Bundestagsabgeordnete Der Linken Ulla Jelpke gemeinsam mit der Autorin Daniela Dahn und dem verantwortlichen Redakteur der Zweiwochenschrift „Ossietzky“ Eckart Spoo inszenierte. Die Führungen in Hohenschönhausen werden verunglimpft wegen angeblich „schräger, unseriöser Vergleiche“ (die Zahl hauptamtlicher Stasi-Beschäftigter wurden mit der Zahl der Gestapo-Angehörigen genannt), „schwabbeliger Aussagen“ (Folterungen in Hohenschönhausen) und „dümmlicher anti-kommunistische Propaganda.“ Geschichte werde „hier zugerichtet, dient nur der

Desinformation.“ Die Gedenkstättenbesucher, die sich gegen die Störer der Linken wegen wiederholter provozierender Zwischenrufe („Wo sind die Beweise?“) wehrten, werden pauschal verunglimpft, sie „wollten das Grauen genießen.“ Das Mitglied des Bundestages Jelpke wird mit der Aussage zitiert, es gebe „auch schlimmere“ westdeutsche Zuchthäuser – „und dass man auch mal die Verhältnisse in heutigen Flüchtlingsheimen mit den hier gezeigten vergleichen müsse.“ Daniela Dahn spricht daneben von „den schwerstkriminellen Nazis als erste Insassen dieses Gefängnisses“ und sie weiß auch: „Gefoltert wurde niemand.“ Fast wortgleich finden sich solche dreisten Anwürfe bereits in der Kampfschrift der Stasi-Obristen mit dem Titel „Das Gruselkabinett des Dr. Knabe(-lari):“

Schließlich fordert Spoo in seiner Linkspostille: „Also schließen! Schleunigst! Schulklassen fernhalten! Aus diesem Gelände etwas Nützliches machen?“ Statt der Gedenkstätte wünscht er sich ein „Museum des Kalten Krieges“, in dem auch der „westliche Terror gegen die DDR, die vielfältigen Methoden zur Bekämpfung sozialistischer Ansätze thematisiert“ werden sollte.

Solch ein hartgesottener Geschichtsrevisionismus unter Beteiligung namhafter Bundestagsabgeordneter Der Linken stellt nicht nur eine unverfrorene Geschichtsklitterung dar, sondern ist ein Schlag ins Gesicht der Opfer.



Walter-Linse-Preis

15 Monate nach Gründung des Fördervereins, am 7. Februar 2005, hat der Vorstand einstimmig die Stiftung eines „Walter-Linse-Preises“ zur Förderung der kritischen Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur beschlossen.

In dem Beschluss heißt es unter anderem:

„Mit der Verleihung des Preises soll erreicht werden, das Interesse der Öffentlichkeit regelmäßig auf den unterdrückerischen Charakter der SED-Diktatur zu lenken. Schließlich soll dem Rechtsanwalt Dr. Walter Linse ein bleibendes Denkmal errichtet werden, der wegen seiner Aktivitäten im Untersuchungsausschuss Freiheitlicher Juristen (UfJ) im Juni 1952 vom DDR-Staatssicherheitsdienst entführt und im Dezember 1953 in Moskau hingerichtet wurde.“

Knapp zweieinhalb Jahre nach der Beschlussfassung ist es soweit. Das beiliegende Faltblatt informiert über den Preis, ist unser Hauptwerbeträger, der an die Medien verschickt worden ist. Ende des Jahres soll der mit 5. 000 Euro dotierte Preis in Berlin verliehen werden, Bewerbungsschluss ist der 15. September 2007.

Seit Februar 2005 hat es Rückschläge und Fortschritte gegeben. Nicht erfüllt hat sich die Hoffnung nach einem Sponsor; zumindest nicht bis zum Redaktionsschluss dieser Ausgabe. Aufgrund des Spendenaufkommens konnte die Stiftung des Preises aber verantwortet werden. Nicht erfüllt hat sich die Erwartung, Bundespräsident Horst Köhler könnte die Schirmherrschaft für den Preis übernehmen.

Motivierend für unsere Arbeit waren das große Interesse ehemaliger Häftlinge sowie die Unterstützung durch die Deutsche Sektion der Internationalen Juristen-Kommission (IJK). Und moralisch verpflichtet fühlen wir uns natürlich gegenüber Peter Seifert, einem Neffen von Walter Linse. Das Mitglied des Fördervereins lebt in den USA und nimmt regen Anteil an unserer Arbeit.

Soeben ist ein Buch über Linse erschienen, das uneingeschränkt empfohlen werden kann: Benno Kirsch „Lebenszeugnisse-Leidenswege Walter Linse 1903 – 1953 - 1996“, Stiftung Sächsische Gedenkstätten, 117 Seiten, Dresden 2007, ISBN 978-3-934382-19-0, Preis 8,50 EUR.

Der Vorstand bittet alle Mitglieder, für den „Walter-Linse-Preis“ zu werben; im Freundeskreis ebenso wie im beruflichen Umfeld. Damit tragen Sie zum Erfolg unseres Vorhabens bei.

WALTER-LINSE-PREIS

2007

“Akte R”

von Barbara Hennecke

“Angefangen hat alles im Sommer ‘85 in Budapest, ich war damals 17 Jahre alt.” So beginnt “Akte R”, ein Theaterstück über den Besucherreferenten und das Fördervereinsmitglied Mario Röllig. Es erzählt seine Geschichte, wie er während seines Urlaubes in Ungarn seine erste große Liebe kennen lernt. Er heißt Gottfried und ist West-Berliner Politiker. Zwischen den beiden entwickelte sich eine Beziehung, die auch durch die Berliner Mauer nicht getrennt wird.

1987 fasst Marko (Namen sind von dem Autor des Stückes geändert) den Entschluss, zu flüchten. Jedoch wird er entdeckt und festgenommen. Mit dem Flugzeug geht es direkt in den Stasiknast nach Hohenschönhausen mit seinem ganz normalen, schikanösen Haftalltag. Marko, der sich immer als unpolitisch bezeichnet hat, wird nicht nur der ungesetzliche Grenzübertritt vorgeworfen, sondern auch Vaterlandsverrats und Gefährdung des Weltfriedens.

Nach drei Monaten wird Marko freigekauft. In West-Berlin wartet wider erwarten kein Gottfried auf ihn. Erst eine Woche später erklärt dieser, dass sie nun nicht offiziell zusammen leben können, da er verheiratet ist und Kinder hat. Enttäuscht war Marko nur kurz, er genießt seine Freiheit, reiste viel herum. Bis 1999, als er plötzlich seinem ehemaligen Vernehmer gegenüber steht. Marko sprach ihn an, fragte, ob er sich nicht entschuldigen wolle. Dieser verwies jedoch nur auf damals geltendes Recht und ließ Marko stehen. Diese Begegnung versetzte ihm einen derartigen Schock, dass er in die Psychiatrie

eingewiesen werden musste. Seitdem kämpft er immer wieder mit den Folgen seiner Haft, hat aber trotzdem nie die Lebensfreude verloren.

Diese Geschichte ist von dem Schauspieler und Autor Mirko Böttcher aufgeschrieben und zu einem Theaterstück komponiert worden. Am 29. Mai wurde es das erste Mal der Öffentlichkeit innerhalb einer szenischen Lesung in der Gedenkbibliothek präsentiert. Nach der überzeugenden schauspielerischen Leistung der vier Akteure diskutierten die Besucher über das Stück. Man war sich einig, dass die „Akte R“ zum Nachdenken anregt.

Doch bei dieser einen Lesung soll es nicht bleiben. Böttcher bemüht sich, das Stück für die Bühne zu inszenieren, und sucht dafür Unterstützung. Das Stück spricht hauptsächlich Jugendliche ab 16 Jahren an. Eine Inszenierung wäre mehr als wünschenswert. Gerade für Jugendliche, die die DDR nur noch aus Erzählungen kennen. Böttcher ist es gelungen, ein Stück über ein berührendes Thema zu schreiben ohne hoffnungslos zu enden. Der Förderverein unterstützt sein Vorhaben.

Für weitere Informationen, Anregungen oder Unterstützung ist der Autor unter mirkoboettcher@web.de zu erreichen.



www.roland-brueckner.blogspot.com

NPD "entdeckt" SED-Opfer. von André Gaedecke

Seit einiger Zeit versucht die NPD-Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung Marzahn-Hellersdorf mit Anträgen, Großen und Mündlichen Anfragen zur DDR-Vergangenheit Punkte zu sammeln, um von ihrer eigenen, menschenverachtenden Ideologie abzulenken. Auf der Tagesordnung der Februarsitzung des Bezirksparlamentes war ein Antrag zu finden, in dem sie die Errichtung eines Denkmals für die Opfer des Stalinismus, für die Menschen, die in den Internierungslagern des NKWD umgekommen waren und die Opfer der Berliner Mauer forderte. Der wahre Hintergrund dieses Antrages wird sichtbar, wenn man den Ort bedenkt, an dem das Denkmal entstehen soll. Es handelt sich nämlich um den Parkfriedhof Marzahn am Wiesenburger Weg 10, auf dem sich eine Gedenkstätte für die während der Nazizeit verfolgten und ermordeten Sinti und Roma befindet. In jenen Jahren mussten zahlreiche Menschen aus dieser Opfergruppe in einem Zwangslager in der Nähe des Friedhofs verbringen, welches die damaligen Machthaber zynisch als „Zigeunerrastplatz“ bezeichneten.

Entgegen den Tatsachen behauptete die rechtsextremistische Partei außerdem, dass die Opfer des Stalinismus in der heutigen Diskussion kaum noch erwähnt würden und es nicht einmal Stätten des Gedenkens für sie gäbe.

Auf der Plenarsitzung am 26. April forderte die Fraktion der NPD eine Gedenkfeier für die nach den beiden Weltkriegen vertriebenen Deutschen. Auch hier wurde das wahre Ansinnen

sofort sichtbar. In seiner mündlichen Begründung sprach der Vertreter dieser Fraktion von einem „Gegengewicht zu den (...) ständigen, deutschfeindlichen Gedenkminuten und Gedenktagen“ und polemisierte hier unter anderem ausdrücklich gegen das Gedenken an die Verfolgung jüdischer Menschen während der Nazidiktatur.

Weiterhin hat man bei der NPD keine Probleme, die Anträge und Anfragen anderer Parteien und Fraktionen de facto einfach abzuschreiben. Nach dem die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen eine Überprüfung der Mitglieder des Bezirksamtes auf eine eventuelle Mitarbeit für das ehemalige Ministerium für Staatssicherheit der DDR gefordert hatte, legten die Rechtsextremen nach und forderten, die Überprüfung aller Mitarbeiter der Bezirksverwaltung, wohl nicht wissend, dass dies in den neunziger Jahren bereits mehrere Male geschehen war.

So kann wohl auch deren Ansinnen, eine Straße im Bezirk Marzahn-Hellersdorf nach dem jüngsten, nur 11 Jahre alten 1966 umgekommenen Maueropfer Jörg Hartmann zu benennen, nur als Unverschämtheit betrachtet werden, wenn man sie in den Kontext der anderen Drucksachen dieser Fraktion stellt. ■

Adolf-Henning Frucht . Ein Wissenschaftler zwischen den Fronten.

von Barbara Hennecke

Adolf-Henning Frucht wurde am 2. September 1913 in Torgau geboren. Er studierte Medizin in Jena und Leipzig, 1937 bekam er ein Stipendium für einen Studienaufenthalt in Cincinnati. Für das NS-Regime engagierte er sich nicht, im Gegenteil: er arbeitete kurzzeitig in einigen Widerstandsorganisationen wie beispielsweise dem Goerdeler Kreis oder der Roten Kapelle mit. 1941 musste er als Truppenarzt an die Front. Schon bald wurde er wegen einer Erkrankung zunächst nach Dresden, anschließend nach Prag versetzt.

Nach Kriegsende ließ er sich mit seiner Familie in der Sowjetisch Besatzungszone (SBZ), genauer in Sachsen, nieder. Dort setzte er seine wissenschaftliche Arbeit fort. Von der sowjetischen Militäradministration als „politisch unzuverlässig“ eingestuft, wird er 1948 an die Universität Leipzig versetzt wo er sich 1953 habilitiert.

1960 zog Frucht als Leiter des Instituts für Angewandte Physiologie nach Berlin. Dort bekam er unfreiwillig Kenntnis davon, dass die Nationale Volksarmee der DDR zusammen mit der sowjetischen Armee an der Entwicklung bakteriologischer und chemischer Kampfstoffe arbeitet. Diese sollten im Kriegsfall gegen das Personal arktischer Radarstützpunkte der USA eingesetzt werden. Frucht war der Überzeugung, dass dies das Mächtegleichgewicht zwischen Ost und West ernsthaft in Gefahr bringen könnte. So nutzte er seine Kontakte zum CIA und unterrichtete die Amerikaner von den Plänen.

Auf Grund eines Verrats wurde Frucht 1967 vom Ministerium für Staatssicherheit verhaftet und in die Untersuchungshaftanstalt Berlin-Hohenschönhausen gebracht. Ein Jahr später erfolgte die Verurteilung wegen Spionage zu lebenslanger Haft. Kurz nach dem Urteil kam Frucht in das berüchtigte Zuchthaus Bautzen II. Die ersten fünf Jahre verbrachte er in Isolationshaft. In dieser Zeit schreiben er und seine Frau, Maria Briefe, die später auch in "Briefe aus Bautzen II" veröffentlicht wurden. Sie versuchten mit dieser Form, ihre Ehe und die Familie aufrecht zu erhalten. 1977 erfolgte der Austausch gegen einen in Chile inhaftierten kommunistischen Ex-Senator. Frucht konnte so in die Bundesrepublik Deutschland ausreisen, seine Familie folgte ihm wenig später. Bis zu seinem Tod am 22. Oktober 1993 lebte Frucht in West-Berlin.

Seine Lebensgeschichte war Inhalt vieler Zeitungsartikel und Filmdokumentationen. Ein ehemaliger DDR-Wissenschaftler, zu lebenslangem Zuchthaus verurteilt, der in der berüchtigten Strafvollzugsanstalt Bautzen II eingesperrt war, beschäftigte die Öffentlichkeit unter dem Aspekt der „Verantwortung des Wissenschaftlers“, als „Zeuge der Zeit“ oder schlicht als „Amateurspion“.

(Frucht, Maria und Adolf-Henning: "Briefe aus Bautzen II." Hrsg. v. Helmut Wonschick. Berlin 1992)



Meldungen aus der Gedenkstätte und dem Bundestag.

■ Hubertus Knabe war die Freude ins Gesicht geschrieben: Am 11. Mai konnte er den Einmillionsten Besucher der Gedenkstätte begrüßen. Der 25jährige Jan Hildebrand vom Carl-Humann-Gymnasium aus Essen erhielt ein Buchgeschenk und Blumen als Anerkennung. Der mit einem „Oscar“ ausgezeichnete Film „Das Leben der Anderen“ und das Interesse für die jüngste deutsche Geschichte sei ausschlaggebend für den Besuch des einstigen Stasi-Gefängnisses gewesen, sagten die Schüler. „Während ältere Menschen oft Berührungsängste mit der Geschichte haben, sind Jüngere aufgeschlossener“, betonte der Gedenkstättenleiter. Allerdings sei das Wissen über die SED-Diktatur oft erschreckend gering.



Blumen für Jan Hildebrand von Dr. Hubertus Knabe

■ Seit Ende März können sich Besucher der Gedenkstätte in einer neuen Ausstellung über den Haftalltag in dem früheren Stasi-Untersuchungsgefängnis informieren. Zu sehen sind zum Beispiel



Staatssekretär André Schmitz, Dr. Hubertus Knabe, Mike Fröhnel, Olaf Spießgard (v.r.)

ein ausgehöhlter Rasierapparat, mit dem Kassiber transportiert wurden sowie ein von Gefangenen selbst gebautes Monopolyspiel. Auch Gefängnisbücher mit versteckten Fingernagelmarkierungen und ein Messer, das aus einer Zahnbürste gefertigt wurde, werden gezeigt. Die Zeitzeugen Mike Fröhnel und Olaf Spießgard haben unermüdlich die unterschiedlichsten Gegenstände aus dem bedrückenden Gefängnisalltag zusammengetragen, unterstützt von Daniela Martinowa, die die Ausstellung konzeptionell betreut hat. Diese ist eine Zwischenlösung, bis 2011 soll eine Dauerausstellung fertig gestellt sein.

Mit der Rede von Kultur-Staatssekretär André Schmitz (SPD) verband sich unter den etwa 50 Gästen die Hoffnung, dass das verkrampfte Verhältnis zwischen dem Kultursenat und der Gedenkstätte der Vergangenheit angehört. Im Gegensatz zu dem früheren Kultursenator Thomas Flierl (PDS) sparte Schmitz nicht mit Lob über die Arbeit der Gedenkstätte. Trotz der angespannten finanziellen Lage des Senates ermunterte der Stiftungsratsvorsitzende Gedenkstättenleiter Hubertus Knabe ausdrücklich, Pläne und Ideen zu entwickeln. „Nerven Sie mich ruhig“. Der Beifall war Schmitz sicher.

■ 17 Jahre nach der Wiedervereinigung hat der Bundestag Mitte Juni eine Opferrente für ehemalige politische Häftlinge in der DDR beschlossen. Künftig sollen wirtschaftlich bedürftige SED-Opfer, die mindestens sechs Monate eingesperrt waren, monatlich 250 Euro erhalten. Das Gesetz wurde mit den Stimmen der Großen Koalition beschlossen, FDP, Grüne und Linke trugen es nicht mit, weil sie die Regelungen für unzureichend halten.

Voraussetzung für die Rente ist, dass die Betroffenen heute nicht mehr als 1035 Euro (Verheiratete 1380 Euro) Einkommen haben. Renten werden, anders als zunächst geplant, nicht darauf angerechnet. Damit haben rund 42000 Personen Anspruch auf die Leistung statt 16 000 wie ursprünglich vorgesehen. Opferverbände kritisierten die Regelung als unzureichend.

In der Debatte sprach auch FV-Mitglied Wolfgang Wieland.

„Es wurde schon mehrfach gesagt (...) , dass dies leider kein Schlussgesetz ist. Es wäre nötig, zu einer abschließenden Regelung zu kommen, da viele Betroffene unlängst sterben werden. Es ist ein weiterer Schritt, den ich nicht klein reden will; das tue ich auch nicht. Ich hätte es aber für gut gehalten, wenn die Große Koalition vor einem ereignisreichen Tag, nämlich dem wiederkehrenden 17. Juni, (...) eine wirklich allseits befriedigende Regelung getroffen hätte. Das war der Wunsch, der Traum. Er ist nicht in Erfüllung gegangen. Das Kapitel ist nicht abgeschlossen. Die Auseinandersetzung geht weiter. Wir werden sie alle gemeinsam führen müssen.“

Das Plenarprotokoll verzeichnet Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der CDU/CSU, der SPD und der FDP.

■ Zerrissene Stasiakten, die derzeit in rund 400 Säcken lagern, können jetzt elektronisch zusammengesetzt und rekonstruiert werden. Der Bundestag hat für das zweijährige Pilotprojekt etwa 6,3 Millionen Euro bewilligt. Nach der friedlichen Revolution hatte die DDR-Staatsicherheit ihre Akten in großem Stil vernichtet. Eine beträchtliche Menge des zerrissenen Materials konnte in rund 16 000 Säcken mit etwa 600 Millionen Papierschnipseln gesichert werden. Bislang wurde das Material aus 323 Säcken per Hand rekonstruiert. Nach Ablauf der Pilotphase muss über das weitere Vorgehen entschieden werden.



■ Zugegeben, preiswürdig ist dieses mit einem Mobiltelefon geschossene Foto nicht. Doch es vermittelt vielleicht ein wenig die ungezwungene Atmosphäre des informellen Treffens, zu dem der Vorstand Ende Mai eingeladen hatte. Immerhin 16 Mitglieder des Fördervereins fanden den Weg in die Gaststätte „Der Thüringer“ in Berlins Mitte. Uwe Hädrich und Xing-hu Kuo waren sogar extra aus Süddeutschland angereist. Gefragter Gesprächspartner war u.a. MdB Wolfgang Wieland, der über die Anhörung im Rechtsausschuss des Bundestages zum Thema „SED-Opferrente“ berichtete. Der frühere Justizsenator von Berlin machte auch Vorschläge über potentielle Bewerber für den „Walter-Linse-Preis“. Nähere Einzelheiten werden nicht verraten; jedenfalls schloss sich eine angeregte Diskussion an. Die Runde war sich einig, dass ein solches Treffen wiederholt werden soll.

■ **Prof. Dr. Arnulf Baring** gehört der Jury an, die den „Walter-Linse-Preis“ verleiht *** **Dr. Matthias Bath** hat während der Leipziger Buchmesse aus seinem neu aufgelegten Buch „Gefangen und freigeschickt“ gelesen *** **Monika Brüning**, MdB hat sich bei Gedenkstättenleiter **Dr. Hubertus Knabe** über die finanzielle Situation der Gedenkstätte informiert *** **Dr. h.c. Karl Wilhelm Fricke** hat in der Gedenkstätte Bautzen mit Bundespräsident **Horst Köhler** über seine Hafterlebnisse diskutiert *** **Freya Klier** hat in der LV Thüringen ihr neues Buch „Matthias Domaschk und der Jenaer Widerstand“ vorgestellt *** **Holger Krestel** ist zum Vorsitzenden des FDP-Bezirksverbandes Tempelhof-Schöneberg gewählt worden *** **Dr. Jörg Kürschner** ist zum Vorsitzenden des Beirates der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen gewählt worden und damit automatisch Mitglied des Stiftungsrates *** **Dr. Volker Wissing**, MdB, ist zum Vize-Vorsitzenden des FDP-Landesverbandes Rheinland-Pfalz und in den Bundesvorstand seiner Partei gewählt worden.

Polizeimajor Karl Heinrich . NS-Gegner und Antikommunist von Jörg Kürschner

Zusammen mit Berlins Polizeipräsident Dieter Glietsch hat Gedenkstättenleiter Hubertus Knabe einen weiteren Band aus der neu aufgelegten Schriftenreihe „Inhaftiert in Berlin-Hohenschönhausen“ vorgestellt. Darin schildert der renommierte Historiker Peter Eler anhand bislang unbekannter Unterlagen das Schicksal des langjährigen Polizeibeamten Karl Heinrich, der Opfer beider totalitärer Regime in Deutschland wurde. Heinrich war während der NS-Zeit wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu sieben Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Nach Kriegsende ernannte ihn die sowjetische Besatzungsmacht zum Chef der Schutzpolizei. Doch schon bald geriet der Sozialdemokrat in Konflikt mit der KPD, wird Anfang August 1945 verhaftet und stirbt drei Monate später nach einer Lungenentzündung im Krankenrevier des Speziallagers Nr. 3 in Berlin-Hohenschönhausen. Die

sowjetische Sanitätsstatistik zählte seinerzeit innerhalb von 16 Monaten knapp 900 Tote, Schätzungen belaufen sich auf bis zu 3 000.

„Heinrich hat in Zeiten, in denen Zivilcourage die Inkaufnahme existentieller Gefährdungen bedeutete, immer sein Gewissen zur Leitinstanz seines Handelns gemacht“, sagte Glietsch in Anwesenheit zahlreiche Polizeischüler. Dank Elers umfangreicher Recherchen kann die sehenswerte Polizeihistorische Sammlung im Berliner Polizeipräsidium jetzt den Lebensweg ihres einstigen Kommandanten detailliert darstellen.

Peter Eler: „Polizeimajor Karl Heinrich. NS-Gegner und Antikommunist. Eine biographische Skizze“. Schriftenreihe „Inhaftiert in Hohenschönhausen“, Jaron Verlag Berlin, 2007, 112 S. mit Abb. 8,90 Euro. ISBN 978-3-89773-567-5



Peter Eler, Dr. Hubertus Knabe, Polizeipräsident Dieter Glietsch während der Buchvorstellung (v.r.).

Die Täter sind unter uns.

von Jörg Kürschner

Die Landesvertretung Thüringen erwies sich erneut als der Ort im Berliner Regierungsviertel, wo Opfer der SED-Diktatur Gehör finden. Dort hat Hubertus Knabe Ende März sein neues Buch „Die Täter sind unter uns. Über das Schönreden der SED-Diktatur“ vorgestellt, in dem er nachdrücklich die Interessen der Opfer vertritt. Diese hätten nach der Haft oft keinen beruflichen Neuanfang starten können, während heute etwa 700 frühere hauptamtliche Stasi-Mitarbeiter als Rechtsanwälte tätig seien. Gut organisiert in einem Netzwerk von Vereinen seien diese dabei, Lebenslügen und Legenden zu



spinnen. Das entsprechende Kapitel seines Buches trägt die provokante Überschrift „Hilfsverband für Kriminelle“. „Die geistigen Brandstifter wirken in die junge Generation hinein“,

warnet der Autor. Dagegen hätten die Opfer resigniert, und die Auffassung gewinne an Boden, der Widerstand gegen die Diktatur habe sich nicht gelohnt.

Knabe schreibt wie gewohnt Klartext, wirft der Linkspartei Zusammenarbeit mit den Stasi-Vereinen vor. „Da gibt es enge Verbindungen“. Die „Stasi-Obristen“ hätten ihre Büros teilweise in Gebäuden der Linkspartei und sammelten auch Geld für den Wahlkampf der umbenannten SED. Diese revanchiere sich dafür mit ihren Renten-Forderungen im Bundestag. Dass Knabe die richtigen Worte gefunden hatte, zeigten der Beifall der über 200 Zuhörer und die angeregte Diskussion in der Landesvertretung. Und dass bisher keine rechtlichen Schritte gegen das Buch eingeleitet worden sind, spricht für den Verfasser und gegen die juristische Aufarbeitung der zweiten deutschen Diktatur.

Hubertus Knabe: Die Täter sind unter uns. Über das Schönreden der SED-Diktatur“. Propyläen Verlag Berlin 2007, 384 Seiten, 22 Euro.

Dieses Buch kann in der "**Buchhandlung '89**" in der Gedenkstätte bezogen werden. Die Fachbuchhandlung zu Geschichte und Wirkung der kommunistischen Diktaturen ist erreichbar unter:

Buchhandlung '89 . Genslerstraße 66 13055 Berlin

Tel. 030 . 98 60 82 507

Fax 030 . 28 38 41 17

E-Mail: buchhandlung-89@t-online.de